

Schwere Menschenrechtsverletzungen im politischen Konflikt zwischen der frankophonen Zentralregierung und den anglophonen Regionen von Kamerun

1. Fakten zum politischen Konflikt

Die seit vielen Jahren schwelende politische Krise in Kamerun ist eine Folge der Gebietszuteilungen der ehemaligen Kolonialmächte Frankreich und England (und vorher Deutschland), als das Land 1960/1961 die Unabhängigkeit erlangte. Anfänglich wurde unter dem ersten Präsidenten des Landes, El Hadj Ahmadou Ahidjo, die «République fédérale du Caméroun / Federal Republic of Cameroon» mit zwei Teilstaaten, Caméroun oriental (f, Yaoundé) und Westcameroon (e, Buea) – mit je einer eigenen Föderativ-Regierung und einem Parlament gegründet.

1972 schuf der langjährige Präsident Ahidjo aus administrativen und vor allem aus wirtschaftlichen Gründen (Plantagen, Erdölvorkommen im anglophonen Süden) die Vereinigte Republik Kamerun mit einer Zentralregierung und einem Parlament nach französischem Muster. Das ehemalige West-Cameroon wurde in zwei Provinzen, die Südwestprovinz mit der Regionalhauptstadt Buea und die Nordwestprovinz mit der Regionalhauptstadt Bamenda aufgeteilt.

In den zwei anglophonen Landesteilen gab es immer wieder politische und wirtschaftliche Sezessionsbestrebungen. Diese wurden aber von «Yaoundé» und ihrer Armee regelmässig erstickt. Im anglophonen Teil Kameruns hat sich ausserdem über Jahrzehnte hinweg eine lokale Verwaltungskultur nach britischem Muster entwickelt. Im Gegensatz zur zentralistischen Politik im frankophonen Teil Kameruns war der anglophone Teil von lokaler Autonomie und föderativer Dezentralisierung geprägt.

Die Föderalismusbestrebungen wurden und werden von der Zentralregierung Kameruns brutal niedergeschlagen. Dies hat bei den Westkamerunern zu einer Radikalisierung geführt. Mehrere Gruppen von sogenannten „Amba Boys“, die einen unabhängigen Staat namens „Ambazonia“ anstreben, kämpfen seit einiger Zeit ohne übergeordnete und intakte Kommandostruktur gegen die Armee der République Caméroun. Die Zivilbevölkerung wird zwischen diesen Konfliktparteien zerrieben. Unzählige Menschen wurden willkürlich von der Armee getötet; Hunderte sind unrechtmässig inhaftiert; Dörfer und Schulen niedergebrannt und die Bewohner vertrieben. Gegenwärtig suchen aufgrund des Konflikts rund 450 000 Menschen als Binnenflüchtlinge (gemäss UN OCHA 2019) Zuflucht und mehr als 32 000 Menschen sind ins Nachbarland Nigeria geflohen. Da unter den gegebenen Umständen die Felder der Geflüchteten nicht bestellt werden können, steht eine noch grössere humanitäre Katastrophe bevor.

2. Besorgnis, Solidaritäts- und Hilfsbereitschaft der Schweizer Zivilgesellschaft

Mitte Februar 2019 haben sich in Zürich mehr als 20 ehemalige Mitarbeitende, die für verschiedene Schweizer Organisationen vor allem in der Entwicklungszusammenarbeit in Kamerun tätig waren, zu einem ad-hoc Treffen zusammengefunden, um die äusserst alarmierende Krise im anglophonen Teil Kameruns besser zu verstehen und mögliche Unterstützungsmassnahmen für eine Krisenbewältigung zu besprechen.

Als Informationsquellen standen der ad-hoc Gruppe direkte Kontakte ins Krisengebiet, aktuelle Berichte sowie die Beobachtungen von Experten, die soeben aus dem Krisengebiet in die Schweiz zurückgekehrt sind, zur Verfügung. Alle diese Quellen sind als zuverlässig einzustufen.

3. Gründe und Auswirkungen der schweren politischen Krise

Eine Grobanalyse der Krise zeigt, dass diese hauptsächlich durch folgende Faktoren verursacht wurde:

- Historische Gründe, herrührend aus der post-kolonialen Entwicklung Kameruns seit der Unabhängigkeit;
- Das seit der Unabhängigkeit gewachsene Bewusstsein der Zivilgesellschaft Kameruns bezüglich ihrer Rechte und Pflichten in einem demokratischen Staat, nicht zuletzt durch die Förderung und Ausbildung mehrerer in der EZA tätigen Schweizer Organisationen;
- Die gewaltsame Auflösung durch die Zentralregierung von zu Beginn gewaltlosen Demonstrationen mit haltlosen Verhaftungen und Toten auf der Seite der Demonstranten;
- Verweigerung eines Dialogs und von Verhandlungen mit den Konfliktparteien durch die Zentralregierung;
- Bildung von radikalisierten, militanten Befreiungskämpfern wie z.B. den „Amba Boys“, die gezielte Angriffe auf Armeeeinheiten zu Toten auf beiden Seiten führten;
- Willkürliche Strafaktionen der Armee durch Zerstörungen und Brandschatzungen von Dörfern, Schulen, Spitälern und Stadtquartieren; Ermorden von unbeteiligten Personen, vor allem männlichen Geschlechts.

Alle diese Faktoren führten zu einer Eskalation der Krise im anglophonen Teil Kameruns in den letzten zwei Jahren.

4. Hindernisse bezüglich eines raschen und wirkungsvollen Friedensprozesses

- Eine Regierung, die nicht bereit ist, einen fairen Dialog zu führen und auch das Gespräch mit religiösen Vertretern verweigert, die sich für eine Verhandlungslösung in diesem Konflikt einsetzen; ebenso wenig mit informellen Führern, die zum grossen Teil verhaftet oder ins Exil gedrängt worden sind;
- Bezeichnung von „pseudo-anglophonen« Vertretern, die in die Regierung oder ins Parlament geholt wurden, obwohl sie in keiner Weise in der Bevölkerung verankert sind;
- Eine Verzögerungsstrategie der Regierung, um die Bevölkerung in die Knie zu zwingen, ihr zentralistisches System durchzusetzen und persönliche Interessen von Regierungsmitgliedern zu wahren;
- Präsenz einer jederzeit gewaltbereiten Armee, welche willkürliche Ermordungen und Brandschatzungen in Dörfern, Schulen und Spitälern durchführt;
- Die Existenz von Befreiungskämpfern, von halbwegs legitimen Kampfgruppen bis hin zu kriminellen Banden, die zum Teil von der Zivilbevölkerung Schutzgelder erpressen und damit die Präsenz der Ordnungskräfte rechtfertigen.

5. Mögliche Unterstützungsmassnahmen zur Krisenbewältigung

- Politische und wirtschaftliche Einflussnahme um die Kameruner Regierung an den Verhandlungstisch zu bringen;
- Deeskalation: Rückzug der Armee in die Kasernen und Aufforderung an die Befreiungskämpfer, die Anschläge einzustellen, Anreize schaffen zu ihrer Entwaffnung;
- Schutz der Bevölkerung durch internationale Ordnungskräfte;
- Unterstützung von anglophonen Exponenten (offizielle Kirchen, islamische Gemeinden, NGOs, zivilgesellschaftliche Führer), damit diese aus dem Gefängnis entlassen werden und sich für die Befriedung einsetzen können, wie dies auch Amnesty International fordert;

- Einleitung von vertrauensbildenden Massnahmen zu Gunsten der Bevölkerung beginnend auf Gemeindeebene durch partizipativen Wiederaufbau und weiterführende Ausbildung;
- Verstärkung der Präsenz von internationalen Organisationen für dringend erforderliche Nothilfe.

6. Politische Intervention und humanitäre Unterstützung

Aus den uns zur Verfügung stehenden Informationen ist bekannt, dass die Schweizer Regierung dem Geschehen in Kamerun und den Handlungen der kamerunischen Regierung und Armee nicht tatenlos zusehen will. Dies ist angesichts des grossen Engagements von Schweizer Organisationen im Krisengebiet (z.B. Mission 21, Helvetas, Skat Foundation) und den dadurch entstandenen institutionellen und persönlichen Verbindungen mehr als gerechtfertigt.

Für befreundete Staaten, die diplomatische Beziehungen pflegen, gilt grundsätzlich das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten. Die der humanitären Hilfe und den Menschenrechten verpflichtete Schweiz kann aber angesichts der katastrophalen Entwicklung und der menschlichen Tragödie in Kamerun nicht mehr ohne weiteres abseits stehen. Erfolgsversprechende Massnahmen sind wahrscheinlich nur dann zielführend, wenn sich auch andere Staaten, wie z.B. die ehemaligen Kolonialmächte Kameruns sowie die UNO und humanitäre internationale Organisationen, wie das IKRK, Amnesty International, daran beteiligen.

Offen bleibt bei einer Fortsetzung der gewaltsamen Auseinandersetzungen, ob gegen die kamerunische Regierung sukzessive Sanktionen ergriffen werden müssten. Zunächst sollte aber der politische Dialog mit der kamerunischen Regierung aufgenommen und der diplomatische Druck verstärkt werden. Unabhängig von einer internationalen Koordination könnte die Schweiz mit gutem Vorbild vorangehen und ihre grosse Besorgnis über die innenpolitische Krise zum Ausdruck bringen und allenfalls ihre guten Dienste für friedensfördernde Massnahmen anbieten.

Swiss - Cameroon Crisis Group

Montag, 18. März 2019